

Atomkraft in der Türkei. Während in Deutschland um die Energiewende gerungen wird, planen türkische Politiker zwei neue Reaktoren für ihr Land. Doch die Vorhaben stehen unter keinem guten Stern: Eines liegt direkt an der Schwarzmeerküste und wurde ausgerechnet von der Unglücksfirma Tepco konzipiert, die auch Fukushima I betreibt. Das andere soll die russische Rosatom bauen - mitten in einem Erdbebengebiet.

Von Japan in die weite Welt

Japanische Politiker haben von Fukushima nur gelernt, dass sie momentan eher im Ausland für Atomkraft werben sollten

Die Türkei ist ein Strohalm, an den sich Japans Atomwirtschaft klammert. Vietnam ist ein anderer, die Vereinigten Arabischen Emirate sind ein dritter. In den ersten vier Monaten seiner Amtszeit ist Premier Shinzo Abe in alle drei Länder gereist, um sie der besonderen Freundschaft Japans zu versichern. Oder eher, um Atomkraftwerke (AKWs) zu verkaufen. Im kommunistischen Vietnam beschwor er dazu sogar die 'gemeinsamen demokratischen Werte'.

Asien brauche in den nächsten zwei Jahrzehnten hundert neue Atomkraftwerke, schätzt man in Tokio: Indien allein 18, Vietnam 14. Von diesen Milliarden-Investitionen will Abe der japanischen Industrie ein möglichst großes Stück abschneiden.

Toshiba hat die Atomtechnik zu einem Eckpfeiler erklärt und dazu in mehreren Schritten den US-Atomkonzern Westinghouse für etwa 7 Milliarden Dollar übernommen. Hitachi kaufte im Herbst von EON und RWE die Firma Horizon Nuclear Power. Auch der dritte japanische Anbieter, Mitsubishi, hält trotz der Katastrophe von Fukushima an der Atomenergie fest.

In Vietnam hat Tokio sogar die Kosten einer Machbarkeitsstudie von 26 Millionen Dollar übernommen, um japanische AKWs verkaufen zu können. Durchgeführt wurde diese von einem Konsortium mit Tepco an der Spitze, der Betreiberin von Fukushima I. Obwohl das Unternehmen zu Hause derzeit keinen Atomstrom herstellen darf, propagierte es ihn im Ausland. Offiziell hat sich Tepco kürzlich aus dem Projekt in Vietnam zurückgezogen. Die bankrotten Havaristen als Sicherheitsexperten, das sah nicht gut aus. Aber selbst am Tropf des Staates dominiert Tepco Japans Elektrizitätswirtschaft.

Abe ist ein Mann der Atomwirtschaft. In der Türkei zog er als ihr Handelsreisender einen 22-Milliarden-Dollar-Deal an Land. Unter der Führung seiner liberaldemokratischen Partei (LDP) hat Tokio vier Jahrzehnte einseitig auf die Atomenergie gesetzt; Alternativen, im Land der 108 aktiven Vulkane besonders die Erdwärme, wurden systematisch abgewürgt. Die Atomwirtschaft hat Abes LDP stets großzügig finanziert: teilweise legal, teilweise auch am Sinn der Gesetze vorbei. Die Politik hat alle Augen zugedrückt, wenn Tepco und andere AKW-Betreiber pfuschten, Unfälle vertuschten oder Sicherheitsprotokolle fälschten. Und es gibt keine Gründe anzunehmen, Japans Atomwirtschaft verhalte sich im Ausland anders. Bis 2011 waren Japans Atomkraftwerke laut offizieller Position so sicher, dass man nicht einmal Vorkehrungen für Unfälle treffen musste.

Fukushima hat diesen Mythos zerschlagen, zumindest für die Mehrheit der Bevölkerung. Premier Abe dagegen macht kein Hehl daraus, dass er sich darüber hinwegsetzen und die Reaktoren wieder anfahren lassen will, sobald ihre Sicherheit bestätigt sei. Allerdings nimmt es die neue Sicherheitsbehörde mit der Prüfung der Reaktoren auf Erdbebensicher-

heit genauer als die frühere. Unklar ist, ob das unter Abe so bleiben wird. Im Energie-Rat, der Japans künftige Energiepolitik festlegen soll, saßen bisher zwei AKW-Gegner. Sie wurden jüngst weggesäubert. Er sei von sich aus ausgeschieden, betont Hideyuki Ban vom Bürgerzentrum für Nuklearinformation. Nachdem Abe einen glühenden Anhänger der Kernenergie zum Vorsitzenden des Gremiums machte, wollte Hideyuki Ban nicht als Feigenblatt missbraucht werden.

Offiziell steigt Japan noch immer aus der Atomenergie aus. Abe hat den Beschluss seines Vorgängers noch nicht widerrufen. Doch dieser war von Anfang an Makulatur. Premier Yoshihiko Noda wollte zwar aus der Atomkraft aussteigen, die Wiederaufbereitung des nuklearen Brennstoffes aber nicht aufgeben. Europäischen Politikern hatte er jeweils gesagt, Japan steige aus, Washington dagegen versicherte er, Japan mache weiter. Die USA üben Druck auf Japan aus, an der Atomtechnik festzuhalten. Russland und China sollen bei militärisch wichtigem Know-How keinen Vorsprung erhalten.

Einige von Abes politischen Freunden, wie zum Beispiel LDP-Generalsekretär Shigeru Ishiba, wollen ebenfalls aus militärischen Gründen weitermachen. Japan ist derzeit eine potenzielle Atommacht, es könnte in wenigen Wochen Atomwaffen herstellen.

Christoph Neidhart, SZ, 10.5.13



'Radioaktiver Tee schmeckt besser'

Um den Energiehunger der Türkei zu stillen, sollen Atomkraftwerke her. Auch gegen den Willen der Bevölkerung

Von Christiane Schlötzer

Schlechter hätte der Zeitpunkt gar nicht sein können. Am 11. März bebte in Japan die Erde, Tsunamiwellen erreichten die Reaktorblöcke von Fukushima, es folgten: Ausfall der Kühlsysteme, dramatische Rettungsversuche, Kernschmelze. Während die Welt auf die TV-Bilder aus Japan starrte, saßen Manager der für Fukushima zuständigen Firma Tepco in Ankara und verhandelten über ein Atomkraftwerk (AKW) für die Türkei. Die Gespräche wurden nicht unterbrochen.

Zwei Jahre und zwei Monate später liegt der Vertrag auf dem Tisch. Japans Premier Shinzo Abe kam zur Unterzeichnung persönlich nach Ankara. Die Türkei steigt in die Kernkraft ein - während das Industrieland Deutschland aussteigt. Nur mit der Unglücksfirma Tepco wollte man dann doch keine Geschäfte machen. Den Zuschlag erhielt ein Konsortium aus den japanischen Konzernen Mitsubishi und Itochu und den französischen GDF Suez und Areva. Der Bau des Kraftwerks mit vier Druckwasser-Reaktoren soll 2017 in der Provinz Sinop an der Schwarzmeerküste beginnen. Die Beziehungen zwischen Paris und Ankara waren zuletzt ausgesprochen frostig, solange Präsident Nicolas Sarkozy die EU-Beitrittsgespräche der Türkei blockierte. Nachfolger François Hollande hat einen Politikwechsel versprochen. Im Januar pries Handelsministerin Nicole Briq in Ankara die 'einzigartige Erfahrung' der französischen Nuklear-Industrie.

Der türkische Traum vom Atom ist 50 Jahre alt. Alle Anläufe scheiterten, vor allem an den Kosten. Zuletzt zog der sozialistische Premier Bülent Ecevit im Jahr 2000 eine Ausschreibung wieder zurück. Ein Kernreaktor, so Ecevit, sei für die Türkei wirtschaftlich nicht sinnvoll. Im März 2008 holte der konservative Regierungschef Tayyip Erdogan die Pläne aus der Schublade. Er erklärte die Kernenergie zu einer Priorität, um den Energiehunger seines boomenden Landes zu stillen.

Die Türkei ist fast gänzlich auf Energieeinfuhren angewiesen. Besonders abhängig ist sie dabei von russischem Gas. Deshalb verstehen Kritiker der türkischen Energiepolitik auch nicht, warum ausgerechnet die staatliche russische Rosatom ebenfalls ein AKW in der Türkei bauen darf. 'Das ist doch ein Windmühlenspiel', meint ein westlicher Energieexperte, der in der Türkei tätig ist.

Der russische Reaktor soll in Akkuyu in der Provinz Mersin am Mittelmeer entstehen - 30 Kilometer entfernt von der Ecemis-Verwerfung. Das ist ein Gebiet, das als erdbebengefährdet gilt, wie so viele Regionen der Türkei. 'Unsere Warnungen, dass man in einer solchen Gegend kein AKW bauen darf, wurden ignoriert', erklärte die türkische Kammer der Elektroingenieure nach der Fukushima-Katastrophe.

Das Kraftwerk existiert bislang nur auf dem Papier, und die Regierung macht ein großes Geheimnis um die Details. Der türkische Journalist Metin Münir kritisierte bereits 2010 in der Zeitung Milliyet, das Projekt hätten Erdogan und Wladimir Putin 'alla turca' ausgehandelt, ohne ordentliche Ausschreibung, hinter verschlossenen Türen. Das Misstrauen hat Gründe: Nach der Katastrophe von Fukushima spielte die türkische Regierung die Folgen herunter. Erdogan meinte, auch Küchen-Gasflaschen und selbst Kosmetik könnten gefährlich sein. 'Alles Schöne im Leben bringt ein paar Probleme mit sich', philosophierte der Premier. Fans des Fußballvereins Besiktas sahen es anders. Sie enthüllten während eines Spiels ein großes Plakat 'Für eine atomwaffenfreie Türkei'.

Die Kritiker erinnern sich, denn die Verharmlosung hat in der Türkei Tradition. Nach dem Reaktor-Unglück von Tschernobyl 1986 schwärmte der damalige Premier Turgut Özal: 'Radioaktiver Tee schmeckt besser.' Der einstige Handelsminister Cahit Aral meinte, wer behaupte, die radioaktive Wolke habe die Tee-Anbaugebiete am Schwarzen Meer erreicht, sei ein 'Atheist' und 'Verräter'. Später vernichtete die Türkei tonnenweise verseuchten Tee.

Die staatliche Atombehörde TAEK hat in Sinop, das als Standort für ein Kernkraftwerk schon länger im Gespräch war, ein Büro eröffnet. Experten von TAEK sollen allen Bürgern, 'vom Schüler bis zum islamischen Geistlichen', die Angst vor dem Atom nehmen, wie die Zeitschrift Aktüel berichtet. Die türkische 'Anti Nuklear Plattform' informiert auf ihre

Weise. Sie zeigte Bauersfrauen in der Gegend bereits einen Dokumentarfilm über Tschernobyl. Danach waren die Bedenken groß.

Seit der japanisch-französische Vertrag in der vergangenen Woche besiegelt wurde, gab es noch keine größeren Proteste. Die Türkei ist gerade mit anderen Themen beschäftigt. Der mögliche Frieden mit der kurdischen Guerilla PKK nach 30 Jahren blutigem Kampf bewegt das ganze Land. Und am vergangenen Freitag, als in Ankara Abe und Erdogan zusammenkamen, waren die Zeitungen ohnehin voller dramatischer Bilder: In Istanbul waren erstmals seit sechs Jahren die Kundgebungen zum 1. Mai auf dem zentralen Taksim-Platz wieder verboten worden. Krawalle und Gewalt waren so programmiert.

Das japanisch-französische Konsortium soll der Türkei dabei helfen, noch einen dritten Standort für ein AKW zu finden. Ziel Ankaras ist es, bis 2030 mindestens 15 Prozent der heimischen Stromproduktion aus Kernenergie zu decken. 'Die Türkei will die Technologie einfach haben', meint ein türkischer Industrieller. Dafür ist Ankara auch bereit, den AKW-Strom höher zu subventionieren als regenerative Energien. Für 20 Jahre werde der Staat für den Strom aus Sinop 0,09 Cent pro Kilowattstunde bezahlen, für Akkuyu gelte der feste Preis für 15 Jahre, sagte Energieminister Taner Yildiz. Für Windenergie wolle Ankara dagegen nicht einmal 0,05 Cent pro Kilowattstunde garantieren, beklagt der Präsident einer Vereinigung der Windenergie-Investoren in der Türkei, Vehbi Bilgin. Der Bau in Sinop werde 10 000 Jobs schaffen, verspricht der Energieminister. 16,7 Milliarden Euro werde das Konsortium investieren.

Bislang gibt es in der Türkei nur einen kleinen Versuchsreaktor am Westrand von Istanbul. Seit jüngst in Izmir, der zweitgrößten Stadt des Landes, auf einem alten Industriegelände strahlender Müll auftauchte, rätseln die Experten, wie der dort hinkam. Die Zeitung Radikal berichtete tagelang über haarsträubende Details: Offenbar wusste die Atombehörde TAEK schon fünf Jahre lang von der stark erhöhten Radioaktivität an dem Ort, ohne die Gefahr zu beseitigen. Die Glaubwürdigkeit der Behörde hat dies nicht erhöht.